

Newsletter aus Brüssel

10.10.2016, Ausgabe 19
IG Metall Verbindungsbüro



Inhalt

- Industriepolitischer Dialog mit der EU-Kommission
- EU-Parlament fordert soziale Industriepolitik Europas
- Globales Klimaabkommen: EU-Parlament stellt letzte Weichen
- EMIS: Kritik an EU-Kommission
- Rede zur Lage der Union

Industriepolitischer Dialog mit der EU-Kommission

Am 28. September 2016 fand in Brüssel die erste Diskussionsveranstaltung des "Bündnis Zukunft der Industrie" mit der EU-Kommission statt. Im Mittelpunkt der hochrangig besetzten Dialogrunde stand die Frage nach den Anforderungen einer Re-Industrialisierung in Europa.

Das "Bündnis Zukunft der Industrie", bestehend aus den drei Initiatoren IG Metall, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und dem Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI), sowie 14 weiteren Partnern aus Gewerkschaft, Wirtschaft und Industrie, hat sich 2015 in Deutschland gegründet, um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und die Zukunft guter industrieller Arbeitsplätze zu fördern. Da entscheidende industriepolitische Rahmenbedingungen von der EU gesetzt werden, setzt sich das Bündnis auch bei den EU-Institutionen für seine Ziele ein. Am 28. September 2016 fand eine öffentliche Dialogrunde in Brüssel statt, bei der Vertreter des Bündnisses sowie europäischer Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände mit der EU-Kommission über die Anforderungen einer Re-Industrialisierung Europas diskutierten. Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, forderte die Kommission auf, bei ihren legislativen Vorschlägen gleichwertig industrie-, klima- und beschäftigungspolitische Aspekte zu berücksichtigen. Er sprach sich dafür aus, die gemeinsamen industriepolitischen Interessen von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und KMU-Vertretern europaweit zu bündeln, um mit vergrößerter Basis stärkeren Druck auf die Kommission ausüben zu können. Die Kommissionsvertreterin Ruth Paserman, stellvertretende Kabinettschefin von Sozial- und Beschäftigungskommissarin Marianne Thyssen, zeigte sich aufgeschlossen gegenüber den politischen Handlungsempfehlungen des Bündnisses. Sie gab allerdings keine Einzelheiten einer zukünftigen industriepolitischen Ausrichtung der Kommission bekannt. Luc Triangle, Generalsekretär von industriAll

Europe, betonte den Ausbildungs- und Qualifizierungsbedarf der Beschäftigten als einen wichtigen Teil innovativer Industriepolitik im Zeitalter der Digitalisierung. Der EBR-Vorsitzende von General Electric, Kai Müller, lenkte den Blick noch stärker auf die betriebliche Praxis. Die Beschäftigten verlangten nach größerer Sicherheit ihrer Arbeitsplätze, sagte Müller. Qualifizierung im Zeichen der Innovation müsse auch innerhalb der Unternehmen stattfinden, um dort bereits Beschäftigten eine längerfristige Perspektive zu geben.

Die gut besuchte Veranstaltung mit Gästen aus den EU-Institutionen, Unternehmensvertretungen, Gewerkschaften und NGOs sollte "Auftakt für weitere Dialogrunden über europäische Industriepolitik zwischen EU-Entscheidungsträgern, Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft sein", so Wolfgang Lemb.

- [Weitere Informationen zum Bündnis und zur Veranstaltung](#)
-

EU-Parlament fordert soziale Industriepolitik Europas

Das Plenum des EU-Parlamentes verabschiedete am 5. Oktober 2016 mit großer Mehrheit eine Resolution, die sich gegen Massenentlassungen in der Industrie richtet und eine soziale Industriepolitik Europas fordert. Die IG Metall begrüßt die Forderungen der Abgeordneten.

Die Resolution der EU-Abgeordneten reagierte auf die jüngsten Fälle von Werkschließungen bei Caterpillar in Belgien und Alstom in Frankreich. Sie übt Kritik an dem Vorgehen der Unternehmen, auf der Grundlage von Aktienkursen Betriebe zu schließen, um Gewinn zu machen und Dividenden an ihre Aktionäre zu zahlen. Im Falle des Baumaschinenherstellers Caterpillar sollen 2500 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlassen werden, darüber hinaus sind rund 4000 Arbeitsplätze bei Subunternehmen von der kurzfristigen Schließung des Werkes bedroht. Die Europaabgeordneten fordern eine EU-Gesetzgebung, die ein multinationales Unternehmen, das einen Standort schließen möchte, dazu verpflichtet, zuvor einen Käufer zu suchen. Im Falle der Missachtung des Gesetzes durch das Unternehmen, müssten Sanktionsmechanismen bestehen, beispielsweise die Rückzahlung öffentlicher Gelder und den Ausschluss des Unternehmens aus bestimmten EU-Förderprogrammen. Darüber hinaus verlangen die Abgeordneten von der Kommission eine generelle Überarbeitung der Wettbewerbsregeln in Europa sowie eine langfristige und soziale Re-Industrialisierungsstrategie der EU. Diese soll den Verwaltungsaufwand für Unternehmen senken, die Sozialpartnerschaft stärken und hohe Standards im Arbeitnehmerschutz garantieren.

Wolfgang Lemb, im geschäftsführenden Vorstand der IG Metall zuständig für Europa- und Industriepolitik, unterstützt die Forderungen des Plenums: "Für Deutschland, für Europa brauchen wir dringend eine EU-Strategie der Re-Industrialisierung, die endlich Schluss macht mit der Austeritätspolitik und wieder mehr Investitionen fördert – und die einen fairen Wettbewerb und Handel ohne Sozialdumping garantiert."

- [Entschließung des EU-Parlamentes](#)
-

Globales Klimaabkommen: EU-Parlament stellt letzte Weichen

Das EU-Parlament stimmte am 4. Oktober 2016 der EU-Ratifizierung des Pariser Klimaschutzabkommens zu. Damit sind alle EU-Staaten verpflichtet, das Abkommen zu ratifizieren.

Das UN-Klimaschutzabkommen von Paris ist das erste rechtsverbindliche Klimaschutzabkommen, welches nicht nur die Industrieländer zur Reduzierung ihrer Treibhausgase verpflichtet, sondern ausnahmslos alle Länder. Es wurde im Dezember 2015 von 195 Ländern beschlossen und umfasst einen globalen Aktionsplan, der die Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius begrenzen soll im Vergleich zur vorindustriellen Zeit. Das Abkommen kann in Kraft treten, wenn zum einen mehr als 55 Länder weltweit den Vertrag ratifizieren, und wenn zum zweiten mehr als 55% der weltweiten Treibhausgase durch diese Länder verursacht werden.

Der Ministerrat der EU nahm das Klimaabkommen am 30. September 2016 an. Mit der ebenfalls positiven Abstimmung des EU-Parlaments am 4. Oktober 2016 ist die Ratifizierung des Abkommens durch alle EU-Staaten besiegelt. Zuvor hatten bereits weltweit mehr als 55 Länder das Vertragswerk ratifiziert, nun ist auch die zweite Bedingung für das Inkrafttreten des internationalen Abkommens erfüllt.

Die IG Metall begrüßte das Abstimmungsergebnis. "Das ist ein richtiger Schritt für einen globalen Strukturwandel in der Industrie sowie der Energiegewinnung", äußerte sich Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Er betonte: "Klimaschutz geht nur weltweit. Nur dann kann der Kampf gegen den Klimawandel wirklich effektiv sein – und sozial verträglich. Denn müssten nur die Betriebe einzelner Länder die Klimaziele einhalten, würde das ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährden. Vor allem energieintensive Unternehmen könnten dann ihre Standorte in ein Land ohne strenge Klimaregeln verlagern und heimische Arbeitsplätze streichen." Die IG Metall als Industriegewerkschaft und weltweit größte organisierte Arbeitnehmervertretung spiele eine zentrale Rolle bei der Umsetzung des Klimavertrages, so Lemb. "Wir setzen uns daher ein für eine Klimapolitik, die das Innovations- und Modernisierungspotenzial der Industrie- und Energiewende fördert sowie gute Arbeitsplätze sichert."

EMIS: Kritik an EU-Kommission

Der EU-Untersuchungsausschuss zur Aufklärung von Versäumnissen bei den Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (EMIS) setzt seine Ermittlungen fort. Im Fokus der Kritik steht dabei auch die Kommission.

Der EMIS trat im September 2016 erneut an mehreren Terminen zusammen. Am 5. September wurden zwei ehemalige Kommissare der letzten Amtsperiode befragt. Der damalige Umweltkommissar Janez Potocnik räumte ein, vom Unterschied zwischen Labor- und realen Straßenwerten bei der Abgasmessung gewusst zu haben, nicht jedoch von Manipulationen durch die Hersteller. Der einstige Industriekommissar Antonio Tajani gab ebenfalls an, nichts über den Einsatz von Abschaltvorrichtungen gewusst zu haben. Von Seiten der Abgeordneten wurde Zweifel an der Glaubwürdigkeit seiner Aussage

formuliert. Des Weiteren wurde er dafür kritisiert, dass er keine Maßnahmen zur Verringerung der Diskrepanzen und zur Verbesserung der Luftqualität eingeleitet habe. Am 13. September wurde der EMIS-Zwischenbericht im Plenum des EU-Parlaments angenommen. Da die Untersuchungen noch andauern, liefert der Bericht keine Bewertungen der Sachlage. Allerdings übt er Kritik an der bisherigen Praxis der Kommission, die Bereitstellung sachlich relevanter Dokumente zu verzögern.

Aufschlussreiche Hintergrundinformationen zum Schadstoffausstoß (NOx) von Dieselfahrzeugen verschiedenster Hersteller liefert eine aktuelle Studie der Nichtregierungsorganisation Transport&Environment (T&E). Laut T&E stoßen zwei Drittel aller EURO-6 Autos auf europäischen Straßen mehr als das Dreifache an NOx aus als unter Laborbedingungen. Die Studie umfasst auch ein Ranking der Automobilhersteller mit den höchsten tatsächlichen NOx-Werten ihrer Dieselflotte.

- [Weitere Informationen zum EMIS](#)
- [Studie von T&E](#)

Rede zur Lage der Union

Der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hielt am 14. September 2016 die jährliche Rede zur Lage der Union. Darin hob er die zentralen aktuellen Herausforderungen für Europa hervor und formulierte entsprechende Handlungsaufgaben der EU für die nächsten 12 Monate.

In seiner Rede zur Lage der Union bezeichnete Jean-Claude Juncker den europaweiten Populismus, die hohe Arbeitslosigkeit in vielen Teilen Europas und die soziale Ungerechtigkeit als die wichtigsten aktuellen Herausforderungen für den europäischen Staatenverbund. Er betonte jedoch, dass die EU trotz der Krisensituation im Bestand nicht gefährdet sei. Dennoch müssten die EU-Institutionen sowie die nationalen Regierungen, die Union wieder stärker zusammenzuführen. Es gehe darum, zu demonstrieren, dass Europa immer noch gemeinsam handlungsfähig ist, Sicherheit und Wohlstand schafft und die Bürger an wesentlichen politischen Prozessen teil haben lässt. Die EU sollte den Bürgern jedoch verständlicher gemacht werden und "handfeste Ergebnisse und ihre zügige Umsetzung" bieten. Populismus hingegen löse keine Probleme, sondern schaffe sie, betonte Juncker. Gegen die immer noch hohe Arbeitslosigkeit in Europa anzugehen, sei vor allem die Aufgabe der nationalen Regierungen. Die EU-Kommission will aber weiterhin unterstützend tätig sein und vor allem helfen die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Als ein zentrales Instrument nannte Juncker das Programm der Jugendgarantie, das bereits seit drei Jahren für job-lose Jugendliche unter 25 Jahren erfolgreich eingesetzt werde. Für mehr Investitionen und Wachstum in Europa soll der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSl) bis 2018 verlängert und um weitere 200 Mrd. Euro aufgestockt werden. Beim Thema Flüchtlings- und Asylpolitik in der EU vermied Juncker es, besonders strittige Punkte wie den Verteilungsmechanismus anzusprechen, sondern hob vielmehr die Fortschritte zu einer solidarischen Problemlösung hervor. Gegen die soziale Ungerechtigkeit in ganz Europa will die Kommission mit der Säule sozialer Rechte angehen. Konkrete Vorhaben sprach Juncker allerdings nicht an. Er betonte, die Kommission wolle zunächst die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation, die im Dezember 2016 vorliegen werden, abwarten. Mit Blick auf die Entsende-Richtlinie betonte Juncker, die Kommission unterstütze den Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort", um Sozialdumping zu bekämpfen. Im Zusammenhang der Krise

der europäischen Stahlindustrie versprach er umfangreiche Schutzmaßnahmen. Die Kommission will vor allem ihr Handelsabwehrinstrumentarium – insbesondere Antidumpingmaßnahmen – verbessern. Hinsichtlich des anstehenden "Brexit" sagte der Kommissionspräsident, dieser müsse schnellstmöglich eingeleitet werden, um die wirtschaftliche Unsicherheit für ganz Europa zu beenden. Er betonte, der Zugang zum EU-Binnenmarkt für Großbritannien sei nur möglich, wenn das europäische Grundrecht der Arbeitnehmerfreizügigkeit gewahrt bleibe.

Herausgeber: IG Metall Vorstand
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb
Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels
Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: newsletter-bruessel@igmetall.de



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand